Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 7 — **München, 13. Februar 1931** — **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Febr.	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	15	28	
Montag	16	29	י״כ קטן
Dienstag	17	30	ראש חדש יום א׳
Mittwoch	18	Adar 1	ראש חדש יום ב׳
Donnerst.	19	2	
Freitag	20	3	
Samstag	21	4	תרומה הפסקה הפטרה וה׳ נתן חכמה לשלמה (I. Kön. 5, 26—36. 6, 1—13)

Das Jüdische Echo

Nummer 7 13. Februar 1931 18. Jahrgang

Vor einer Wendung in der englischen Palästinapolitik

Wie bereits mehrfach in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, wurde der erste Teil der Verhandlungen zwischen dem vom britischen Kabinett eingesetzten Subkomitee und den Vertretern der Jewish Agency vor einer Woche zu einem günstigen Abschluß gebracht. Das Resultat der Verhandlungen wurde vom britischen Gesamtkabinett einstimmig gutgeheißen. Die Verhandlungen waren vertraulich, doch hat jetzt ein Teil der englischen Presse — offenbar auf Grund von Indiskretionen — Nachrichten darüber verbreitet, die wir nachstehend wiedergeben.

„Daily Telegraph" veröffentlichte am 7. d. M. eine Mitteilung, daß die Regierung wesentliche Zugeständnisse an die Zionisten gemacht hat, insbesondere auf den Gebieten der Einwanderung und der Landentwicklung. Die Regierung habe, schreibt das Blatt, jene Bestimmungen des Weißbuches, gegen die seitens der Jewish Agency Widerspruch erhoben worden ist, annulliert. Die Stellungnahme der Regierung wird in einem Brief enthalten sein, der an Dr. Weizmann gerichtet ist und von dem Vorsitzenden des Kabinett-Komitees, Außenminister Henderson, unterschrieben ist.

Auf diese Nachricht des „Daily Telegraph" wird in der Londoner Presse ein offiziöses Dementi verbreitet, worin gesagt wird, daß die Erklärung der englischen Regierung, die im Verlaufe dieser Woche veröffentlicht werden wird, keine Abkehr von der bisherigen Politik der Regierung bedeute und den Grundcharakter des letzten Weißbuches aufrecht erhalte. Die Erklärung werde nur in einzelnen Punkten Konzessionen an die zionistischen Forderungen enthalten.

Gleichzeitig wird die gleichfalls vom „Daily Telegraph" verbreitete Nachricht, daß Kolonialminister Lord Passfield zurücktreten und von Lord Noel Buxton ersetzt werden werde, dementiert. Auch die Annahme, daß die Verwaltung Palästinas dem Außenminister unterstellt werden wird, ist unrichtig. Es handelt sich hier offenbar um eine Mißdeutung der Tatsache, daß Henderson den Brief an Weizmann unterschrieben hat. Dies erklärt sich jedoch ganz einfach daraus, daß Henderson Vorsitzender des Komitees war.

Die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" hat folgenden Wortlaut:

„Nach einer Reihe von formellen und unformellen Sitzungen sind die Verhandlnugen zwischen der Britischen Regierung und der Jewish Agency über die Interpretation des Weißbuches zum Abschluß gelangt. Dr. Weizmann, der Präsident der Jewish Agency, hat jetzt endgültig dem Entwurf eines Briefes zugestimmt, der die neue Haltung der Regierung zum Weißbuch zum Ausdruck bringt.

Letzten Freitag wurde eine Sitzung des Subkomitees abgehalten, bei welcher anwesend waren: Außenminister Henderson, Kolonialminister Lord Passfield, Kriegsminister Shaw und Marineminister Alexander. Die Sitzung genehmigte einstimmig den von dem Lord Advocate Aitchinson verfaßten Brief.

Sofort darauf wurde eine gemeinsame Sitzung des Kabinett-Subkomitees mit Dr. Weizmann und seinen Kollegen abgehalten. Als Ergebnis wurde der Entwurf eines Briefes der Regierung unterbreitet und von der Regierung am Mittwoch abend genehmigt.

Es heißt, daß eine Anzahl sehr wichtiger Zugeständnisse erzielt worden sind. Der Brief, der vom Außenminister unterzeichnet ist, sucht diejenigen Punkte des Weißbuches, gegen die die Zionisten so schwere Einwände erhoben, zu annullieren.

Der Brief stellt endgültig den politischen Zustand wieder her, welcher bezüglich Palästinas vor der Veröffentlichung des Weißbuches bestand, nur der Vorschlag des Gesetzgebenden Rates bleibt.

Ein neuer Landentwicklungs-Plan, welcher als Antwort auf die zionistischen Forderungen ausgearbeitet und von Dr. Weizmann genehmigt wurde, wird gleichfalls in dem Briefe angekündigt. Ferner erfahre ich, daß den zionistischen Vorstellungen in bezug auf Boden und Einwanderung von der Regierung weitgehend Rechnung getragen wurde.

Obwohl die Verhandlung zu einem freundlichen Abschluß gebracht wurde, bestand doch, wie ich höre, eine Zeitlang die Gefahr eines Zusammenbruches der Konferenz.

Von besonderem Interesse ist es, daß der Brief nicht von Passfield gezeichnet ist. Diese Tatsache scheint das Gerücht zu bekräftigen, daß Palästina dem Foreign Office unterstellt werden soll. In parlamentarischen Kreisen taucht auch das Gerücht wieder auf, daß Lord Passfield demnächst zurücktreten und von Noel Buxton ersetzt werden wird. Der Rücktritt des gegenwärtigen Oberkommissars von Palästina, Sir John Chancellor, während der nächsten Monate wird als sicher betrachtet."

*

„Jewish Chronicle" berichtet in seiner Ausgabe vom 6. d. M. über den Abschluß der Verhandlungen folgendes: Der Entwurf des Henderson-Briefes wurde diese Woche vom Kabinett genehmigt. Der Inhalt des Briefes wurde bereits nach Amerika gekabelt und fand die Zustimmung der dortigen zionistischen Führer, sowie der führenden Persönlichkeiten der Jewish Agency. Diese prompte Billigung der neuen Regierungspolitik in Amerika ist — bemerkt

„Jewish Chronicle" — eine Überraschung für die Minister ebenso wie für die zionistischen Führer in London gewesen.

Der Henderson-Brief, erklärt „Jewish Chronicle", sei von dem Lord-Advokat für Schottland, Mr. Aitchinson, entworfen, der auch während der Verhandlungen als Rechtsberater des Kabinett-Komitees fungierte und eine Reihe langer und umfassender Besprechungen mit Dr. Weizmann hatte, bei denen auch Malcolm MacDonald, der Sohn des Premierministers, anwesend war. Was die Frage des Legislative Council betrifft, so ist — nach „J. Chr." — der Plan nicht fallen gelassen worden, doch ist man in Regierungskreisen der Ansicht, daß infolge der von den Arabern erhobenen Einwendungen der Gesetzgebende Rat gar nicht zustande kommen wird. Dr. Weizmann habe anfänglich starke Bedenken gegen die geplante Regierungs-Anleihe zur Finanzierung des Landerschließungsplanes gehabt, habe aber auf Grund der Darlegungen der Regierung seinen Widerstand fallen gelassen. Von einem „sehr bedeutenden Parlamentarier", der eng mit den Verhandlungen verbunden gewesen sein soll, will der Mitarbeiter des „J. Chr." folgende Charakterisierung des Erfolges erhalten haben: „Nicht nur ist das Weißbuch beseitigt worden, sondern es wurden neue Pläne von der Regierung aufgestellt, welche den Juden so gewaltige Vorteile bezüglich Bodenerwerb und Immigration bieten, wie sie sie noch niemals bisher besessen haben. Die Regierung machte einen schrecklichen Fehler durch die Veröffentlichung des Weißbuches, aber wenn die neuen Projekte veröffentlicht sind, wird man sehen, daß große Verbesserungen zugunsten der Juden vorgenommen wurden. Der Zionismus könnte jetzt viel schnellere Fortschritte machen, aber ich muß aufrichtig sagen, daß neue Komplikationen entstehen können, wenn nicht Sir John Chancellor und Lord Passfield auf andere Posten versetzt werden. Die Juden haben sehr wenige Freunde im Kolonialamt und in der Palästina-Administration, vielleicht gar keinen."

Letzte Meldung

London, 10. Februar. (JTA.) Am Montag, den 9. Februar, hat in London eine Sitzung des Ministerrates stattgefunden. Es verlautet, daß sich das britische Kabinett im Hinblick darauf, daß Kolonienminister Lord Passfield Bedenken bezüglich der Veröffentlichung der Regierungserklärung in der geplanten Form geäußert hätte, dahin geeinigt hat, daß die Regierungserklärung im Parlament in Form einer Mitteilung über die gegenwärtige Lage in Palästina verlesen werden, daß aber von einer Veröffentlichung des Dokuments in der ursprünglich beabsichtigten Form Abstand genommen werden soll.

Eine authentische Bestätigung eines derartigen Ministerratsbeschlusses steht noch aus. Jedenfalls steht es noch nicht fest, ob die in der Sitzung der Regierungssubkommission vom 6. Februar beschlossene Erklärung am Donnerstag, den 12. Februar, veröffentlicht werden wird.

*

Offenbar schwebt also die Angelegenheit noch; bis zum Eingang der offiziellen Mitteilungen wird man die Situation mit aller Reserve beurteilen müssen.

Frick hat gesiegt!

Es ist nicht gut, wenn man sich Selbsttäuschungen hingibt.

Aus diesem Grunde verlohnt es sich, die Vorgänge vom 5. d. M. im deutschen Reichsrat bei der Behandlung der hauptsächlich von Juden aus dem Osten Europas eingereichten Einbürgerungsgesuche einer Analyse zu unterziehen. Wie aus den Tageszeitungen bekannt ist, handelte es sich in jener Sitzung um die Entscheidung über 363 Gesuche, welche vor langer Zeit hauptsächlich bei preußischen Verwaltungsstellen eingebracht worden waren. In Deutschland bestand niemals eine gesetzliche Bestimmung über die Karenzzeit, die als notwendige Voraussetzung bei der Aufnahme in den Reichsverband als Staatsbürger verpflichtend wäre. Im Gegensatz zu Amerika und zu Frankreich, wo bereits zweijährige Anwesenheit im Lande und zu England, wo fünfjährige Seßhaftigkeit notwendig ist, um das Ansuchen auf Einbürgerung in den betreffenden Ländern zu stellen, hatte sich in Deutschland ohne eine ausgesprochene gesetzliche Regelung der Brauch herausgebildet, daß vor dem Kriege 25jährige Anwesenheit in Deutschland gefordert wurde, ehe man das Gesuch eines Petenten um Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft einer Behandlung unterzog. Allerdings galt diese Praxis fast ausnahmslos nur für Juden. Nichtjuden konnten auch viel früher als nach fünfundzwanzigjähriger Anwesenheit im Lande auf eine Berücksichtigung ihres Einbürgerungsgesuches rechnen.

Nach dem Entstehen der deutschen Republik und nach der Bildung von linksgerichteten Regierungen in den größten deutschen Bundesstaaten, in Preußen und in Sachsen, erkannte man, daß die auf kein Gesetz gestützte Praxis, welche von jedem Anwärter auf Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft einen Aufenthalt von fünfundzwanzig Jahren in Deutschland verlangte, unzeitgemäß sei. So bildete sich in Preußen die Praxis heraus, daß bereits zehnjährige Seßhaftigkeit im Lande als zureichende Voraussetzung für die Einbringung eines Gesuches um Einbürgerung betrachtet wurde. Auch diese Frist übertrifft die Fristen in anderen Ländern um das Fünffache, bzw. um das Zweifache. Trotzdem bedeutete sie gegenüber dem früheren Brauche einen unbedingten Fortschritt. Zu bemerken ist, daß in sehr vielen Fällen Ausnahmen gemacht wurden und die deutsche Staatsbürgerschaft an Anwärter verliehen wurde, die nur ganz kurze Zeit in Deutschland ihren Aufenthalt hatten. (Ein Beispiel für viele: der deutschnationale Antisemit Reichstagsabg. Freytag von Loringhofen.) Nach den geltenden Bestimmungen ist jeder deutsche Bundesstaat gehalten, von jeder durch ihn ausgesprochenen Einbürgerung die anderen Staaten zu verständigen. Das war Jahrzehnte hindurch eine reine Formalität. Die anderen Staaten haben das Recht, sofern ihnen irgendwelche die Einbürgerung als unerwünscht erscheinenden Tatsachen aus dem Leben irgendeines Anwärters bekannt sind, gegen die durch einen anderen Mitgliedsstaat ausgesprochene Einbürgerung Einspruch zu erheben. Derartige Einsprüche gelangen vor den deutschen Reichsrat, der über das Gesuch des beanstandeten Anwärters mit einfacher Stimmenmehrheit entschied. Als in Bayern nach der Rätezeit das Kahr-Regime die Staatsge-

schäfte übernahm, wurde es üblich, daß Bayern in allen Fällen, in denen von Preußen oder Sachsen — im allgemeinen kamen nur diese zwei Länder in Frage — ein Ostjude eingebürgert wurde, Einspruch erhob. Und zwar geschah das auf Grund von Kenntnis nur der betreffenden Familiennamen von eingebürgerten Gesuchstellern. Die Verständigung der Mitgliedsstaaten von der vollzogenen Einbürgerung erfolgt nämlich, und daraus geht der formale Charakter dieses Aktes hervor, in der Weise, daß man ohne Angabe von Details lediglich Namen, Geburtsdatum und Herkunftsort des in Frage kommenden Eingebürgerten bekanntgibt. Diese von Bayern geübte Methode wurde im Laufe der Jahre immer laxer gehandhabt und je länger die Regierung der bayerischen Volkspartei in München dauerte, und je inniger ihre Beziehungen zum in jüdischen Dingen toleranten Zentrum wurden, um so seltener erfolgten die bayerischen Einsprüche gegen die Einbürgerung von Ostjuden.

Mittlerweile aber erstarkte in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung, und es kam so weit, daß in einzelnen Ländern Nationalsozialisten Ministersitze erlangten. Als erstes Land, das einen nationalsozialistischen Innenminister bekam, übernahm die ehemalige Rolle Bayerns das Land Thüringen, dessen Vertreter im Reichsrat, Minister Dr. Frick, prinzipiell gegen jede Einbürgerung Einspruch erhob, die sich nach seiner Theorie auf „Fremdstämmige" bezog. Der Rassebegriff ist jedoch kein juristisches Argument. Darum begründete Dr. Frick seine Einsprüche einfach mit dem Worte „unerwünscht", ohne sich die Mühe zu geben, diese Beurteilung näher zu begründen. Schließlich mußte er einsehen, daß zur Erlangung seiner Zwecke die Anführung eines legal stichhaltigen Grundes notwendig ist, und so beanstandete er alle Einbürgerungen, weil die früher übliche Karenzzeit von fünfundzwanzig Jahren nicht eingehalten wurde. Da mittlerweile außer Thüringen auch noch einige andere deutsche Mitgliedsstaaten mit nationalsozialistischen Ministern oder starken Fraktionen in den betreffenden Landtagen beglückt wurden, fand Fricks Aktion im Reichsrat eine stetig wachsende Unterstützung. Die Dinge entwickelten sich derart, daß seitens der preußischen Regierung vorgenommene, von Frick beanstandete Einbürgerungen lange Zeit nicht dem Reichsrat vorgelegt wurden, weil man auf preußischer Seite nicht sicher war, daß man noch eine Mehrheit im Reichsrat für den preußischen Standpunkt finden werde, um so mehr, als auch einige preußische Stimmen im Reichsrat, wie die der Vertreter von Pommern und Ostpreußen, sich offen Frick anschlossen.

So kam es, daß die Anzahl der dem Reichsrat vorzulegenden, beanstandeten Einbürgerungsgesuche auf die exorbitante Zahl von 363 stieg. Frick war nicht untätig. Er warb besonders in Süddeutschland Anhänger für seine Auffassung der Rassefremdheit. Die preußische Regierung begab sich auf den Weg des Verhandelns. In den Ausschüssen des Reichsrates versuchte sie wenigstens hinsichtlich der bisher von ihr genehmigten Einbürgerungsgesuche die Zustimmung der anderen Länder gegen das Zugeständnis zu erhalten, daß in Zukunft der von Preußen bisher eingeführte Brauch der zehnjährigen Karenzzeit fallen gelassen werde. Nur dank dieser Nachgiebigkeit gegenüber der Auffassung von Frick und Genossen gelang es am 5. d. M. im Plenum des Reichsrates einem großen Teil der 363 Gesuche einer für die Bittsteller günstigen Erledigung zuzuführen. Die Entscheidung des Reichsrates erfolgte in einzelnen Fällen mit 36 gegen 27 Stimmen und in den übrigen Fällen mit 33 gegen 30 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen von preußischen Vertretern. Diese Abstimmung war sozusagen der letzte Gnadenakt des Reichsrates gegenüber dem preußischen Standpunkt. Bemerkenswert ist, daß diesmal der Sprecher der preußischen Regierung nicht wie bisher der jüdische Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt, sondern Ministerialdirektor Brecht war. Interessant waren auch die Ausführungen Brechts. Er behauptete, daß tatsächlich nach dem Kriege viele unerwünschte Elemente nach Deutschland eingewandert seien, deren Aufnahme als deutsche Staatsbürger von einer höheren als einer zehnjährigen Wartezeit abhängig gemacht werden müßte. Damit stellte er sich eigentlich auf den Standpunkt Fricks und desavouierte die bisherige Haltung der preußischen Regierung.

Frick hat also gesiegt. Darüber kann man sich nicht hinwegtäuschen. Von nun an handelt es sich nicht darum, daß bei der Einbürgerung ein Anwärter als Bürger der deutschen Republik aufgenommen werde, sondern daß man ihm die Aufnahme in die deutsche Volksgemeinschaft bewillige. Das bedeutet den Sieg der nationalsozialistischen Theorie. Formal ausgedrückt ist das in der zwanzigjährigen Karenzzeit. Doch soll man über die zwanzigjährige Karenzzeit nicht allzu sehr erschrecken! Adolf Hitler — der noch nicht zwanzig Jahre in Deutschland lebt — wird trotzdem eingebürgert werden, denn vorsichtigerweise sieht der Beschluß der zwanzigjährigen Karenzzeit die Möglichkeit von Ausnahmen vor. Daß sich diese Ausnahmen nicht auf Juden beziehen werden, ist selbstverständlich.

So siegt die nationalsozialistische Auffassung von Staat und Volk, der tätige Verdrängungs- und Ausschließungswille alles Jüdischen aus Staat und Gesellschaft in zunehmendem Maße. Man traut sich nicht mehr, einen Juden zum ordentlichen Professor zu ernennen, man ist außerordentlich streng bei der Zulassung von ausländischen jüdischen Studenten an deutschen Hochschulen, in Kommunen hütet man sich davor, jüdische Beamte auf hervorragende Posten zu berufen, auch wenn diese Juden erstrangige Fachleute sind. Schrittweise rückt der Nationalsozialismus vor und erlangt ohne Diktatur und Anteilnahme an der Reichsregierung die Durchsetzung eines Punktes seines Programmes: die faktische Entrechtung der Juden. Die Vorgänge im Reichsrat waren ein Pyrrhus-Sieg der preußischen Regierung. In Wirklichkeit hat Dr. Frick einen durchschlagenden Erfolg nicht nur gegen die Ostjuden, sondern gegen das Judentum in Deutschland erzielt, und leider muß man feststellen, daß er in diesem Bestreben die Hälfte aller Stimmen im Reichsrat auf seine Seite ziehen konnte. Wir wollen nicht untersuchen, ob nicht im Herzen auch viele Mitglieder, die gegen ihn stimmten, für ihn waren. Die Ausführungen des Ministerialdirektors Brecht, der persönlich sicherlich ein freiheitlicher, unvoreingenommener Mensch ist, waren im tiefsten Grunde nichts anderes als ein Zurückweichen vor dem siegreichen Frick. m. w.

Habimah-Pogrom vor Gericht

Ungenügendes Urteil — Befremdende Begründung

Würzburg, 5. Februar. (JTA.) Vor dem erweiterten Schöffengericht in Würzburg fand heute der Prozeß gegen 11 Hakenkreuzler im Alter von 19 bis 33 Jahren, die sich an den Demonstrationen der Würzburger Nationalsozialisten gegen die Abhaltung eines Gastspiels des hebräischen Theaters

Habimah im Würzburger Stadttheater beteiligt hatten. Wie schon mitgeteilt, hatten die Nationalsozialisten anläßlich des Habimah-Gastspiels am 19. November 1930 wüste Exzesse vor dem Theatergebäude veranstaltet. Jüdische Theaterbesucher und jüdische Straßenpassanten, sowie mehrere jüdisch aussehende Nichtjuden wurden von den Hakenkreuzlern beschimpft und verprügelt. Polizeibeamte, die Ordnung schaffen wollten, wurden angegriffen. Die Hakenkreuzler versuchten, in das Theater einzudringen und die Aufführung zu stören, es gelang ihnen aber nur, den Beginn der Vorstellung um etwa eine Stunde aufzuhalten. Spät nachts, nach Schluß der Vorstellung, wurden heimkehrende jüdische Theaterbesucher abermals überfallen und mißhandelt.

Vier der Angeklagten hatten sich wegen Verbrechens und sieben wegen Vergehens des Landfriedenbruchs zu verantworten. Vor Gericht leugneten sie ihre Teilnahme an den Skandalen, konnten aber durch Aussagen von Polizeibeamten und Straßenpassanten überführt werden. Als erster Zeuge wurde der Oberbürgermeister von Würzburg, Loeffler, vernommen. Er bekundete u. a., daß die Initiative zu dem Gastspiel der Habimah nicht, wie vielfach vermutet, von Würzburger jüdischen Kreisen, sondern von der Intendanz des Stadttheaters selbst ausgegangen ist. Er schilderte, wie er selbst an dem fraglichen Abend in der Nähe des Theaters von jungen Leuten als „Judenbürgermeister" beschimpft wurde. Über das Maß der Beteiligung der Angeklagten an den Exzessen konnte der Oberbürgermeister nicht viel aussagen, da die Zahl der Exzedenten in die Hunderte ging. Es wurden insgesamt etwa 60 Zeugen vernommen, es kam zum Ausdruck, daß es bedauerlicherweise nicht gelungen ist, die Haupttäter zu fassen, die elf Angeklagten hatten nur Nebenrollen gespielt.

Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von drei bis zehn Monaten gegen neun Angeklagte, gegen zwei auf Geldstrafen bis 50 RM. Das Gericht verurteilte den Kaufmann Otmar Holl und den Drogisten Heinrich Schaffer zu je sechs Monaten Gefängnis, den Arbeiter Wilhelm Ramig zu 3½ Monaten Gefängnis wegen Vergehens des Landfriedensbruchs. Wegen groben Unfugs wurden zwei Angeklagte zu je 100 RM., zwei zu je 50 RM. Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Angeklagten wurde Bewährungsfrist nicht zuerkannt. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß es dahingestellt bleiben müsse, ob im jetzigen Augenblick eine Theateraufführung durch eine ausländische jüdische Theatertruppe mit Rücksicht auf die wirtschaftlich schwere Lage und die bedauernswerte Zerrissenheit des deutschen Volkes am Platze war. Es sei nicht Aufgabe des Gerichts, darüber zu urteilen. Es wäre jedenfalls nichts zu beanstanden gewesen, wenn im Rahmen des Gesetzes protestiert worden wäre.

*

Dieser Prozeß und dieses Urteil sind wieder einmal symptomatisch für die heute in Deutschland grassierende Umkehrung des normalen Rechtsgefühls. Der Staatsanwalt, anstatt die Verrohung und Verhetzung gebührend zu tadeln, den brutalen politischen Eingriff in kulturelle Bezirke abzuwehren, bescheinigt den Jüngern vom Gummiknüppel ihre idealistische Gesinnung und zwar so, daß jüdische Hörer ihren Eindruck dahin zusammenfaßten: Hier sei den Juden wieder einmal demonstriert worden, daß sie sich als Staatsbürger dritten Ranges zu fühlen hätten. Und das Urteil ist eher noch schlimmer als besser: Gänzlich ungenügende Strafen und eine Begründung, die den Exzedenten Recht gibt und geradezu wie eine Belobigung der Ausschreitungen wirkt. Wenn dieses Urteil sagt, es müsse dahingestellt bleiben, ob das Gastspiel der jüdischen Truppe am Platze war, so hat es dieses Gastspiel schon verurteilt. Daß die eigentlichen Hetzer bei diesem Prozeß überhaupt nicht zu fassen waren, ist ja selbstverständlich; daran hat man sich seit langem gewöhnt, daß die Drahtzieher im Dunkeln bleiben und daß der Polizei und den Gerichten entweder der Ernst oder der Wille oder die Fähigkeit fehlen, in dieses Dunkel hineinzuleuchten.

Vertrag über Mossul-Oelleitung unterzeichnet

Jerusalem, 4. Februar. (JTA.) Die „Official Gazette" veröffentlicht den Wortlaut des von der Palästinaregierung mit der Irak-Petroleum-Company geschlossenen Vertrages über die Durchleitung von Erdöl durch palästinensisches Gebiet. Der Vertrag wurde am 5. Januar vom High Commissioner Sir John Chancellor für die Palästinaregierung und von J. Skliros für die Irak-Petroleum-Company unterzeichnet. Der Text umfaßt etwa 5000 Worte.

In dem Vertrag erklärt die Regierung sich im Hinblick auf die Vorteile, die dem Lande durch die Errichtung der Öllinie geboten werden, bereit, dem Unternehmen gewisse Begünstigungen zu gewähren. Folgende Bestimmungen werden getroffen:

Der Endpunkt der Ölleitung wird im Gebiet der Bucht von Acco (Haifa-Bucht), der Küstenstrecke zwischen Haifa und Acco, liegen. Das Abkommen wird auf die Dauer von 70 Jahren geschlossen.

An Stätten von religiöser oder archäologischer Bedeutung dürfen keine Bauwerke der Company errichtet werden. Die Produkte der Company unterliegen im Inland denselben Zollgebühren wie importiertes Petroleum. Besondere Vergünstigungen werden jedoch im Hinblick auf den besonderen Charakter des Unternehmens hinsichtlich des Ladens und Ausladens der Schiffe der Company bei Tag und Nacht und an gesetzlichen Feiertagen gewährt. Für die Schiffe der Company werden die Krangerechtigkeiten und Löschgelder ermäßigt. Die Company erhält das Recht, eigene Hafenanlagen zu errichten, sowie eigene Bahnlinien und Straßen zu bauen. Im Hinblick auf die zu erwartende starke Inanspruchnahme wird ihr eine Ermäßigung der Frachtsätze auf den palästinensischen Bahnen gewährt.

Die Company verpflichtet sich, zunächst nur inländische Arbeiter zu beschäftigen, ist jedoch, falls der inländische Arbeitsmarkt ihren Bedarf nicht decken kann, berechtigt, auch ausländische Arbeiter heranzuziehen. Die Gesellschaft ist von Besitz- und Einkommensteuer befreit. Die Regierung verpflichtet sich, der Gesellschaft den von ihr benötigten Boden durch Überlassung von Staatsland zu einem festen Tarif und durch Enteignung von privatem Boden zu beschaffen. Die Gesellschaft erhält das Recht, auf eigene Kosten eigene Erziehungseinrichtungen und eine eigene Polizei zu unterhalten, sowie sanitäre Einrichtungen, Wasserleitungen, Lichtanlagen und andere Anlagen, die in der Regel öffentliches Eigentum sind, herzustellen.

Beim Erlöschen der Konzession nach 70 Jahren fallen, wenn die Konzession nicht vorher verlängert oder erneuert wurde, alle Rechte der Company, ihr unbewegliches Eigentum samt Zubehör an die Palästinaregierung. Falls im Verlaufe von

drei Jahren die Verträge der Gesellschaft mit anderen Ländern, durch die die Ölleitung führt, nicht zustande gekommen sind, kann der Vertrag gelöst werden.

Durch diesen Vertrag erscheint nunmehr Haifa definitiv als Endpunkt der Irak-Ölleitung bestimmt. Eine Zeitlang war davon die Rede, daß das Endstück der Leitung gegabelt werden und daß ein Zweig in Haifa, der andere in Alexandretta in Französisch-Syrien endigen solle. In Palästina erwartet man, daß im Zusammenhang mit der Errichtung der Ölleitung ein großes industrielles und Handelszentrum auf dem Gebiet der Haifa-Bucht entstehen wird, das auch als Absatzgebiet für die landwirtschaftlichen Produkte der jüdischen Kolonien im Emek eine bedeutende Rolle spielen würde.

London, 5. Februar. (JTA.) Wie der Jüdischen Telegraphen-Agentur von maßgebender Seite mitgeteilt wird, bedeutet die Unterzeichnung des Vertrages der Irak-Petroleum-Company mit der Palästinaregierung durchaus noch nicht die definitive Bestimmung Haifas als Endpunkt der Mossul-Ölleitung. Vorläufig sind die Verhandlungen zwischen der Irak-Petroleum-Gesellschaft und der französischen Regierung, sowie den französischen Mandatsverwaltungen von Syrien und Libanon noch nicht abgeschlossen und es besteht noch immer die Möglichkeit, daß ein Vertrag zustande kommt, wonach das vieldiskutierte Projekt einer Gabelung der Ölleitung zur Ausführung gelangt. Es würde dann der eine Zweig der Ölleitung in Haifa, der andere in Alexandretta, Tripoli oder in einem anderen syrischen Hafen münden.

Das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Irak-Petroleum-Gesellschaft und der Palästinaregierung ist noch von dem Abschluß eines Vertrages zwischen der Company und der Irak-Regierung abhängig und außerdem steht es der Company frei, von den Rechten und Begünstigungen, die ihr im Vertrag mit der Palästina-Regierung zugestanden wurden, keinen Gebrauch zu machen und die Ölleitung bloß nach einem syrischen Hafen zu führen.

Immerhin ist es unwahrscheinlich, daß sich die Palästina-Regierung zum Abschluß eines Vertrages bereit erklärt haben sollte, durch den sie nur selbst einseitig gebunden wird, während es dem Vertragspartner, der Irak-Petroleum-Gesellschaft freistehen sollte, nach Gutdünken von dem Vertrag Gebrauch zu machen oder nicht.

Aus der jüdischen Welt

Kommerzienrat Gerson Simon, der frühere Präsident der Jüdischen Gemeinde Berlin, gestorben

Berlin, 8. Februar. (JTA.) Herr Kommerzienrat Gerson Simon, der frühere Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, ist am 6. Februar abds. in seiner Berliner Wohnung, 72 Jahre alt, verstorben. Gerson Simon gehörte zu den angesehensten und beliebtesten Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Berlins. Sohn einer bekannten jüdischen Familie des Rheinlands, kam er in verhältnismäßig jungen Jahren nach der Reichshauptstadt, wo er Inhaber der großen Spitzenfirma Jacob & Richter wurde, die heute nach Aufnahme verwandter Unternehmungen als Jacob & Richter-Siegmund Strauß jr. Vereinigte Spitzenhäuser A.-G. firmiert. Gerson Simon war ein vorbildlicher Kaufmann; von seinen Berufsgenossen verehrt, stand er seit langen Jahren an der Spitze zahlreicher kaufmännischer Organisationen. Im Textil-Großhandelsverband nahm er eine führende Stellung ein. Auch die Regierung hat ihn häufig in wirtschaftspolitischen Dingen zu Rate gezogen. So hat er an den letzten deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen in hervorragender Weise mitgewirkt.

Gerson Simon, der sich schon in seiner Jugend im Rheinland intensiv jüdisch betätigt hat, widmete sich seit Jahrzehnten in Berlin öffentlicher Wohlfahrts- und Gemeindetätigkeit. Mehrere Jahre gehörte er der Repräsentanz der Berliner Jüdischen Gemeinde an. Vor mehreren Jahren begründete er mit Professor Dr. M. Sobernheim, Rabbiner Dr. Weiße und Frau Eschelbacher die Religiöse Mittelpartei für Frieden und Einheit in der Gemeinde. Diese Partei entsandte ihn neuerdings in die Repräsentanz, dann in den Vorstand der Gemeinde, der ihn zum Vorsitzenden der Gemeinde wählte. Nach der Wahl Georg Kareskis zum Vorsitzenden gehörte Gerson Simon dem Vorstand als stellvertretender Vorsitzender an. Er vertrat seine Partei auch in der Landesversammlung der preußisch-jüdischen Gemeinden.

Eugen Caspary, der Organisator des jüdischen Wohlfahrtswesens, verstorben

Berlin, 9. Februar. (JTA.) Einen Tag nach dem am Freitag erfolgten Ableben des früheren Vorsitzenden, zuletzt stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Kommerzienrat Gerson Simon, verstarb, am Sonnabend nachmittag, im Alter von 67 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls Herr Eugen Caspary, der Vorsitzende des Wohlfahrts- und Jugendamtes der Berliner Jüdischen Gemeinde und frühere langjährige Vorsitzende der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden.

40 Jahre seines Lebens hat Caspary ehrenamtlich im Dienste der Jüdischen Gemeinde gearbeitet und seine Arbeit war vorbildlich für das Wohlfahrtswesen in den übrigen deutschen Großgemeinden. 1863 in Berlin geboren, propagierte er mit 27 Jahren die Arbeitsbeschaffung für die entlassenen jüdischen Strafgefangenen. Mit 30 Jahren trat er, in verschiedenen Wohlfahrtskommissionen tätig, für die Einführung moderner Fürsorgemethoden ein. Als Repräsentant der Jüdischen Gemeinde übernahm er die ehrenamtliche Leitung des neugeschaffenen und von ihm selbst organisierten Wohlfahrts- und Jugendamtes der Jüdischen Gemeinde und modernisierte in den Jahren größter Not, in der Zeit der Inflation, der Verarmung des Mittelstandes und der ostjüdischen Zuwanderung mit Hilfe von etwa 1000 ehrenamtlichen Helfern das Fürsorgewesen, begründete Küchen, Kinderhorte und -gärten, Jugendheime, Lehrwerkstätten, Arbeitsstuben, eine Darlehenskasse usw. Caspary führte einerseits eine konsequente Dezentralisation durch, schuf in allen Stadtteilen Bezirkskomitees, konzentrierte aber andererseits frühere Spezialgebiete wie Stiftungswesen, Waisenkommissionen, Sammelvormundschaften usw. Auch im Wohlfahrtswesen der Logen (U.O.B.B.) war er tätig.

Im Jahre 1917 gründete Eugen Caspary die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und war von 1919 bis 1926 deren Vorsitzender. In zahlreichen Aufsätzen nahm Caspary Stellung zu Fragen der jüdischen Wohlfahrtspflege.

Professor Joseph Horovitz, der große jüdische Gelehrte, gestorben

Frankfurt a. M., 6. Februar. (JTA.) Auf dem Wege zur Universität, wo er eine Vorlesung halten wollte, verstarb plötzlich an Herzschlag der große jüdische Gelehrte Professor Joseph Horo-

vitz im Alter von 57 Jahren. Der Verstorbene genoß als Orientalist Weltruf.

Aktion für Versorgung der Juden Rußlands mit Mazzoth zum kommenden Pessachfest

Berlin, 9. Februar. (JTA.) Der vor einigen Jahren aus Rußland nach Riga übersiedelte Rabbi Schneersohn, der unter dem Namen „Lubawitscher Rebbe" in der orthodoxen Welt große Verehrung genießt, wandte sich an die Jüdische Telegraphen-Agentur mit dem Ersuchen, in seinem Namen die Verwandten und Freunde russischer Juden in den Ländern Europas und in Amerika, sowie überall in der Welt durch die Presse aufzufordern, Mazzoth und Pessachmehl in Paketen an Juden in Rußland zu schicken, da in Rußland selbst den Juden fast keine Möglichkeit gegeben ist, an Ort und Stelle ihren Bedarf an Mazzoth und Pessachmehl zu dekken und große Teile der russischen Judenheit der Gefahr ausgesetzt sind, an den kommenden Pessachtagen ohne Mazzoth zu bleiben und hungern zu müssen. Rabbi Schneersohn weist darauf hin, daß die Sendung von Mazzoth und Mehl in Paketen nach Rußland gesetzlich erlaubt ist.

Rabbi Schneersohn teilt in seinem Telegramm an die JTA. weiter mit, daß — um die Mazzothhilfe für die Juden in Rußland auch aus entfernten Ländern zu erleichtern — sich in Berlin ein Komitee mit Rabbiner Dr. Meier Hildesheimer an der Spitze gebildet hat, welches Geldspenden als Ablösung für Pakete entgegennimmt und die Anschaffung von Mazzoth und Mazzothmehl und die Übersendung der gewünschten Pakete nach Rußland durchführt. Die Adresse des Berliner Komitees ist: Dr. Emil Hirsch (in Firma Aron Hirsch und Sohn), Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 43.

Wie wir erfahren, ist in Deutschland ein Komitee für Versorgung der Juden in Rußland mit Mazzoth im Entstehen begriffen, dem außer Rabbiner Dr. Hildesheimer und Dr. Emil Hirsch noch Persönlichkeiten wie Rabbiner Dr. Baeck, Hans Goslar, wahrscheinlich auch einer der Führer des Central-Vereins, ferner Herr Jocob Rosenheim und Rabbiner Dr. Jakob Horowitz aus Frankfurt a. M., der Präsident des Bayerischen Gemeindeverbandes Dr. Neumeyer und Justizrat Straus aus München u. a. m. angehören werden. In Österreich besteht bereits ein Mazzoth-Komitee. In Polen wurde ein solches Komitee unter Führung des Chofetz Chaim und Rabbi Ch. O. Grodzenski gebildet.

Brand in der Synagoge Dragonerstraße

Berlin, 8. Februar. (JTA.) In der Synagoge Dragonerstraße 45, dem Betraum einer orthodoxen jüdischen Religionsgemeinschaft, brach infolge schadhaften Ofens Feuer aus. Die Feuerwehr mußte den Ofen, unter dem die Decke völlig durchgebrannt war, abreißen und die Balken entfernen, um ein Umsichgreifen des Feuers zu verhüten.

Wiederum antisemitische Krawalle in der Berliner Universität

Berlin, 5. Februar. (JTA.) Vor dem Universitätsgebäude kam es am 4. Februar mittags zu einem antisemitischen Krawall. Ein Zeitungshändler, der das Antifaschistenblatt „Alarm" verkaufte, wurde von nationalsozialistischen Studenten mit dem Zuruf „Judenknecht" und anderen Schimpfworten bedacht und schwer bedroht. Von den Studenten verfolgt, flüchtete der Händler in das Universitätsgebäude, wo demokratische Studenten sich seiner annahmen. Kurz darauf herangekommene Polizeibeamten rieten dem Händler, zum Schutze seiner Person den Verkaufsplatz zu räumen. Die demokratische Presse kritisiert das Verhalten der Polizeibeamten und weist daraufhin, daß staatsfeindliche Hetzblätter wie „Angriff" und „Völkischer Beobachter" ungestört vor der Universität feilgeboten werden können, während ein Blatt wie „Alarm", das für Staat und Republik kämpft, nicht hinreichend geschützt wird.

Die mehrtägigen antisemitischen Studentenexzesse in Wien

Wien, 5. Februar. (JTA.) Am Donnerstag, dem ersten Wahltag für die Studentenkammern, steigerte sich der nationalsozialistische Terror an den Hochschulen, der seit einigen Tagen ununterbrochen wütet, noch weiter. Gegen 9.30 Uhr kam es zu Schlägereien zwischen völkischen und sozialistischen Studenten, die durch Verteilung von Flugzetteln für Wahlenthaltung Propaganda machten. Mehrere Hochschüler erlitten Verletzungen. Völkische Studenten übten Kontrolle über die Legitimationskarten der Studenten aus und verwehrten den Studenten anderer Gesinnungsart den Eintritt in die Universität. An jeden eintretenden Studenten wurde die Frage gestellt: „Sind Sie Jude?" Gab der befragte Student eine bejahende Antwort, so wurde er mit den Worten zurückgedrängt: „Hier ist aber eine deutsche Hochschule!"

Auch an der Technischen Hochschule kamen schwere antisemitische Exzesse vor. Nationalsozialistische Studenten blockierten das Hochschulgebäude und verweigerten den jüdischen Studenten den Einlaß. Einige jüdische Studenten wurden mißhandelt.

Baron Edmond de Rothschild gibt Dr. Weizmann 30 000 Pfund

London, 8. Februar. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur bereits mitgeteilt hat, hat Dr. Weizmann anläßlich seines letzten Aufenthaltes in Paris den Ehrenpräsidenten der Jewish Agency, Baron Edmond de Rothschild, über die finanziellen Schwierigkeiten der Agency in Palästina informiert, woraufhin Baron Edmond einen ansehnlichen Betrag für die Arbeit der Agency in Palästina zur Verfügung gestellt hat. Wie nun verlautet, beträgt die Summe, die Baron Edmond de Rothschild dem Präsidenten der Jewish Agency, Dr. Weizmann, zur Verfügung gestellt hat, 30 000 Pfund.

Hierzu schreibt die „Jüdische Rundschau": Der alte Baron hat sich wieder als der aufrichtigste und wärmste Freund der jüdischen Palästinasache bewährt. Seit 50 Jahren ist dieser Mann in unverminderter Palästinaliebe den Pionieren des jüdischen Aufbaus ein getreuer Eckart. Mehr noch als das Geld wirkt die Ermutigung, die aus diesem festen Glauben an die Palästinasache strömt.

Professor William Hechler gestorben
Ein christlicher Freund Theodor Herzls und des Zionismus

London, 2. Februar. (JTA.) Im Alter von 86 Jahren verstarb in London der Theologe der Anglikanischen Kirche, Professor William Hechler, einst ein Freund Theodor Herzls und bis zuletzt ein Anhänger der Idee eines jüdischen Staates in Palästina. Professor Hechler war beherrscht von dem Gedanken, daß das Reich des Messias kommen werde, wenn Palästina von Juden besiedelt sein wird. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trat er als ein der englischen Botschaft in Wien zugeteilter Hofkaplan in Beziehungen zu Theodor Herzl, kurz nachdem Herzl sein Buch „Der Judenstaat" veröffentlicht hatte und an den Aufbau der zionistischen Weltorganisation ge-

schritten war. Hechler war es, der die Zusammenkunft zwischen Theodor Herzl und dem Erzherzog Friedrich von Baden (Hechler war früher Erzieher eines der Söhne des Großherzogs gewesen) vermittelte, die als eine Vorbereitung zu einer Zusammenkunft zwischen Theodor Herzl und Kaiser Wilhelm II. gedacht war. Später arrangierte Hechler ein direktes Zusammentreffen zwischen Theodor Herzl und Wilhelm II. in der Nähe der jüdischen Ackerbauschule Mikweh Israel zur Zeit des Besuches Wilhelms II. in Palästina im Jahre 1898. In seinen Tagebüchern erwähnt Theodor Herzl oft die freundschaftliche Mittlertätigkeit Hechlers zugunsten des Zionismus. Herzl setzte seinem christlichen Freunde auch ein literarisches Denkmal in seinem utopischen Roman „Altneuland", in welchem Hechler in der Gestalt des „Reverend Hopkin" gezeichnet ist. Bei Gelegenheit eines Zusammentreffens mit Herrn Dr. Georg Herlitz äußerte sich Hechler, er habe 1922 der Annahme des Palästinamandats durch den Völkerbund beigewohnt und dies sei sein bedeutendstes Erlebnis gewesen.

15 Jahre Wilnaer Truppe

Wilna, 4. Februar. (JTA.) Ende Februar feiert die berühmte Wilnaer jüdische Theatertruppe das Jubiläum ihres fünfzehnjährigen Bestandes. Die Truppe hat aus diesem Anlaß beschlossen, das Jahr 1931 als Jubiläumsjahr zu proklamieren. Es soll ein Jubiläumsfonds zur Förderung der Entwicklung des jüdischen Theaters gegründet und ein Sammelbuch herausgegeben werden. Ferner sollen Massenkundgebungen und Festvorstellungen im ganzen Lande stattfinden. Dem Jubiläumskomitee gehören die Herren Dr. K. Wygodzki, Salman Reisen, Schalit, Dr. Chaim Zytlowski, Dr. Max Weinreich und S. Schabad an.

Auch ein Jude unter den Hingerichteten von Menemen

Konstantinopel, 5. Februar. (JTA.) Unter den wegen Rebellion gegen die türkischen Behörden in Menemen zum Tode verurteilten Oppositionellen, die am 4. Februar in Menemen hingerichtet wurden, befindet sich auch der jüdische Kaufmann Josef ben Chajim. Obwohl dieser seine Unschuld beteuerte und erklärte, nur durch Zufall in die Mitte der Rebellen geraten und mitverhaftet worden zu sein, hatte das Parlament auch gegen ihn das Todesurteil bestätigt.

Das Testament Nathan Straus'
Der Nachlaß von einer Million Dollar fällt zur Gänze seinen Kindern zu
Ein „Straus-Square" in Neuyork

Neuyork, 5. Februar. (JTA.) Soeben wurde das Testament des verstorbenen großen jüdischen Philanthropen Nathan Straus veröffentlicht. In seinem Testament verpflichtet Nathan Straus seine Kinder, „stets gute Juden zu bleiben und keine Ehe mit Andersgläubigen einzugehen". Der Nachlaß Nathan Straus' im Betrage von einer Million Dollar fällt zur Gänze seinen Kindern zu. Für wohltätige Zwecke ist kein Betrag ausgesetzt. Im Testament wird darauf hingewiesen, daß Nathan Straus schon zu Lebzeiten soviel er konnte für wohltätige Zwecke gegeben hat.

Der Stadtrat von Neuyork hat beschlossen, den Rutgers Square in Neuyork in „Straus Square" umzubenennen.

Jüdische Einwanderung nach Palästina 1923—1930

Jerusalem, 1. Februar. (JTA.) Die jüdische Einwanderung nach Palästina bewegt sich in den letzten drei Jahren wieder auf einer langsam ansteigenden Linie, wenn auch die großen Ziffern der Vorjahre nicht mehr erreicht wurden. Für die Jahre 1923—1930 lauten die Einwanderungszahlen folgendermaßen: 1923: 8175; 1924: 13 892; 1925: 3486; 1926: 13 855; 1927: 3034; 1928: 2071; 1929: 5109; 1930: etwa 5000. (Die Ziffer für 1930 ist noch nicht endgültig, da die Zahl der Einwanderer, die 1930 als Touristen ins Land kamen und hier die Erlaubnis zum dauernden Aufenthalt erhielten, noch nicht definitiv bekannt ist.)

Ein modernes Theater wird in Jerusalem erbaut

Jerusalem, 2. Februar. (JTA.) Die Palestine Land Development Co. hat soeben im Grundbuchamt zu Jerusalem das Grundstück, auf dem der „Cinema-Zion" steht, auf die Namen der Käufer übertragen. In diesem Gebäude fanden bisher außer den Filmvorführungen alle Schauspiele, Opernaufführungen und Konzerte statt. Nunmehr gehen die Besitzer daran, auf diesem 2000 Quadratellen großen Grundstück ein wirklich modernes Theatergebäude mit Konzertsaal, ein Novum in Jerusalem, zu errichten. Durch den Neubau dürfte die Entwicklung des von der „Palestine Land Development Co." seinerzeit erworbenen Bezirks an der Jaffa- und Ben-Jehudastraße einen weiteren Anstoß bekommen.

Das Ausmaß des kulturfähigen Bodens Palästinas
Untersuchung durch das Landwirtschaftsdepartement der Palästinaregierung

Jerusalem, 5. Februar. (JTA.) Das Landwirtschaftsdepartement der Palästinaregierung setzt seine Arbeiten zur Feststellung des Gesamtausmaßes kulturfähigen Bodens in Palästina fort. Im Landwirtschaftsdepartement ist man der Ansicht, daß die Ergebnisse dieser systematischen Bodenklassifizierung mit der ursprünglichen Schätzung des kulturfähigen Bodens durch das Landwirtschaftsdepartement übereinstimmen werden. In dieser Schätzung wurde bekanntlich das Ausmaß des kulturfähigen Bodens in Palästina doppelt so groß angenommen wie im Simpson-Bericht.

Feuilleton

Ur und die Sintflut

Über die Ergebnisse der Ausgrabungen in Ur, der Heimat Abrahams, berichtet ihr Leiter C. Leonhard Woolley in seinem neuen Buch „Ur und die Sintflut" (Leipzig, Brockhaus, 1930). Er geht aus von jenen Zeiten, da das untere Ende des Euphrattales, vorher ein großer Sumpf, durch welchen die Wasser ihren Weg zum Meere suchten, infolge der von Norden eindringenden Schlammassen auszutrocknen begann; oder, um es mit Woolley biblisch auszudrücken, „die Wasser sich an einem Orte sammelten und das trockene Land erschien". Die ältesten Bewohner, von denen sich Spuren erhalten haben, trieben mit primitiven Geräten Ackerbau, Viehzucht und Fischerei, auch der Webstuhl war ihnen bereits bekannt. Welcher sprachlichen Gruppe sie angehörten, ob sie gleich den später im Norden des Tales auftretenden Akkadern, eine semitische Sprache redeten, ist nicht auszumachen. Neben diesen in offenen und niedrig gelegenen Dörfern wohnenden Siedlern ließen sich dann andere nieder, die Sumerer, die eine höhere Kultur aus ihrer östlichen — eine genauere Ortsbestimmung

läßt sich vorläufig nicht geben — Heimat ins Euphrattal gebracht hatten. Um zu der Schicht zu gelangen, in welcher das Zusammenleben der vorsumerischen und der sumerischen Bewohner festzustellen ist, mußten die Ausgräber durch ein Lehmlager hindurchstoßen, in welchem außer einem, wohl vom Oberlauf hergeführten, versteinerten Knochen keinerlei Funde gemacht wurden. Die Lehmschicht, die zweieinhalb Meter dickt ist, kann nur durch eine Flut von außergewöhnlicher Mächtigkeit hervorgerufen worden sein, wie sie in der Geschichte Mesopotamiens nur einmal verzeichnet ist. Es ist das die Flut, von welcher die sumerische Chronik sagt „dann kam die Flut und nach der Flut stieg das Königtum zum zweitenmal vom Himmel herab“. Von dieser Flut besitzen wir eine mythologische Darstellung in der elften Tafel des Gilgameschepos, und da Woolley in der biblischen Erzählung von Noah in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Forscher eine im Sinne der monotheistischen Lehre von der göttlichen Gerechtigkeit vorgenommene Umgestaltung dieser Darstellung sieht, so nennt er sein Buch „Ur und die Sintflut“.

Die sumerische Kultur hat die Flut überlebt, sie hat sich in der Folgezeit nach Norden verbreitet. In Ur selbst sind ihre kostbarsten Denkmäler die in den Königsgräbern gefundenen Schätze, welche Woolley in seinem früheren Buche „Vor 5000 Jahren““ beschrieben hat, denen aber die inzwischen fortgesetzten Grabungen viele neue hinzugefügt haben. Unter diesen neuen Funden hebt Woolley besonders hervor einen (auf dem Buchumschlag farbig reproduzierten) auf seinen Hinterfüßen aufgerichtet vor einem Baum oder Strauch stehenden prachtvollen Widder, dessen Vorderbeine an den Strauch mit silbernen Ketten gebunden sind; der goldene Kopf des Tieres mit Hörnern und Haaren aus Lapislazuli steht zwischen den auf beiden Seiten hoch herausragenden Blättern und Blüten des goldenen Baumes. Dieser Widder, der nach Woolleys (nicht unbestritten gebliebener) Chronologie etwa 1500 Jahre vor Abraham entstanden ist, erinnert den bibelkundigen Verfasser an den Widder, der sich nach Genesis 22, 13 mit seinen Hörnern im Dickicht verfangen hatte und Abraham als Opfertier diente. Ebenso weist Woolley bei Besprechung der Mosaikdarstellungen auf der sogenannten Standarte von Ur auf die eisernen Kriegswagen der Kananäer hin, welche nach Richter 1, 19: 4, 3 den Israeliten bei der Eroberung solche Hindernisse in den Weg legten; sie waren eines der Mittel, mit welchen die Sumerer ihre Eroberungen durchführten und welche die Völker des vorderen Orients, gleich so vielem anderen, ihnen entlehnt haben.

Mit den Funden aus der Zeit Sargons I um 2500 gelangen wir in die Periode, in welcher die Oberherrschaft einem Volke semitischer Zunge zufällt, den Akkadern. Sargon nennt sich „König von Sumer und Akkad“, d. i. Süd- und Nordmesopotamien, und ist der erste König der vom bereits semitisierten Norden her den sumerischen Süden erobert. Eine Tochter Sargons hat in Ur gelebt; es haben sich Rollsiegel gefunden, deren Eigentümer im Haushalt dieser Tochter Ämter ausübten, und von ihr selbst ist eine Weihinschrift auf der Rückseite einer eine Opferszene wiedergebenden Darstellung erhalten. Hinter dem Priester ist dort eine Frau in langwallenden Gewändern zu sehen, und nach Analogien aus späterer Zeit ist anzunehmen, daß Sargon seine Tochter, etwa als Hohepriesterin, an den altberühmten Tempel des Mondgottes Nannar nach Ur entsandt hätte. Unterhalb des Stufenturms von Ur liegen die Reste des alten Tempels, des „Hauses des Nannar“.

In die Zeit Abrahams führen uns die Überbleibsel aus der Periode Hammurabis, vorausgesetzt daß dieser wirklich, was vielfach bestritten wird, mit dem Amraphel von Genesis 14 identisch ist. Hammurabi hat Ur erobert und ein Siegesdenkmal in einem der Haupttempel der Stadt aufgestellt. Auf Grund der Funde beschreibt Woolley die Einrichtung der Privathäuser, welche der Zeit um 2000 angehören und gibt eines in Rekonstruktion wieder, unter der Bezeichnung „Haus aus der Zeit Abrahams“. In einem dieser Häuser fanden sich auch Tafeln, deren Inschriften neben Hymnen, wie sie beim Gottesdienst in den Tempeln gesungen wurden auch mathematische Tabellen enthalten, darunter solche, welche das Ziehen von Quadrat und Kubikwurzeln lehren. Die Priester von Ur waren also mit solchen Operationen bereits vertraut zur Zeit, da Abraham ihre Stadt verließ. In den Ruinen dieser Häuser finden sich aber auch zahlreiche kleine Tonfiguren, die Götter und ihre Anbeter darstellend: Woolley sieht in ihnen Teraphim, wie sie Rachel ihrem Vater stahl.

Etwa 1400 Jahre später, in spätbabylonischer Zeit, hat sich in Ur vor allem Nebukadnezar als Bauherr betätigt. In einem der von ihm restaurierten Tempel nahm er eine bemerkenswerte Neuerung vor: er ließ die Vorderseite öffnen, in der Vorkammer, der Tür gegenüber, den Untersatz für ein Standbild errichten und Raum schaffen für eine große Menge von Zuschauern. Während im alten Tempel der Kultus im Verborgenen stattfand, konnte nun die Menge den Priester beobachten, wie er auf dem Altar unter freiem Himmel opferte und einen Blick auf das Götterbild selbst werfen. Eine Erinnerung an diese Neuerung Nebukadnezars hat sich nach Woolley in Daniel 3 erhalten; während wir sonst nichts davon hören, daß die Juden in der babylonischen Gefangenschaft zur Verehrung einer der Götter gezwungen worden seien, wurde ihnen nach dieser Stelle befohlen, das Bild anzubeten. Das entspricht dem, was Nebukadnezar durch seinen Umbau durchsetzen wollte insofern, als dort die Verehrung durch die Masse zu dem allein von den Priestern zu vollziehenden Kultus hinzutrat.

Als denn endlich Kyros, der Perser, das babylonische Reich erobert hatte, hat auch er die Ummauerung des Tempels E nun mach wieder hergestellt. Einen Einblick in die Religionspolitik des Kyros gestattet uns eine dort gefundene Inschrift, in welcher er sagt, „die großen Götter haben alle Länder in meine Hand gegeben“, wenn wie sie mit dem Esra, Kapitel 1, wiedergegebenen Schreiben vergleichen, in welchem Kyros den „Herrn des Himmels“ als Urheber seiner Macht anerkennt. Noch über die Zeit des Kyros hinaus hat die Stadt Ur existiert, es haben sich Tafeln gefunden, die bis in die Mitte des 5. vorchristlichen Jahrhunderts datiert sind. Vielleicht hing es mit dem endgültigen Übertritt der Achämeniden zum zarathustrischen Glauben zusammen, daß die Tempel mit ihren Götterbildern verfielen, bis schließlich sogar der Name der Stadt in Vergessenheit geriet.

In diesem Berichte sind aus dem reichen Inhalt des Buches nur einige von den Ergebnissen hervorgehoben, welche auf biblische Nachrichten neues Licht werfen; wer sich über die von den Zeiten Noahs bis in die des Kyros reichende Geschichte der Stadt unterrichten will, sei auf die anschauliche, durch zahlreiche Abbildungen illustrierte Schilderung Woolleys verwiesen. J. H.

Sigmund Fraenkel

Aufsätze und Reden*

Das Wirken des Politikers kann daran gemessen werden, in welchem Grade sein Erfolg die Linie der allgemeinen Entwicklung seines Einflußgebietes mitzubestimmen vermag. Je selbstverständlicher und natürlicher der Effekt schließlich erscheint, je mehr die Person hinter ihrem Werk zurücktritt, um so zustimmender ist das Urteil der Zeit und der Geschichte. Da die Mit- und mehr noch die Nachwelt so über dem Genuß der Resultate einer Lebensarbeit gerne die Mühen und Schwierigkeiten vergißt, die dem Mitschöpfer des Zustandes sich entgegenstellten, da die Kenntnis dieser oft hindernisreichen Entwicklung zur Beurteilung der politischen Situation notwendig ist, muß man eine Arbeit, wie sie Sohnesliebe und Einsicht in die heutige politische Lage des deutschen und des Weltjudentums in einer Auswahl der Aufsätze und Reden des viel zu früh seinem Wirkungskreis entrissenen Kommerzienrats Sigmund Fraenkel darbietet, aufs Wärmste begrüßen.

Nicht nur den Vielen, die ihn kannten und verehrten, nicht nur denen, die mit ihm am gleichen Werk schufen und oft auch die Klingen kreuzten, sondern darüber hinaus Allen, die auch in einer uns zeitlich nahen Vergangenheit das geschichtlich Dauernde zu erkennen sich bemühen, wird aus dieser Sammlung wertvolles Material zur Beurteilung des Mannes und seiner Schöpfungen zufließen. Gewiß ist heute schon manches daraus nicht mehr so bedeutend und bedeutungsvoll wie zur Zeit des aktuellen Anlasses, immer aber atmet in diesen Zeugnissen ein lebensvoller, stürmischer und großzügiger Geist. Der Leser, auch der, dem die persönliche Bekanntschaft mit Sigmund Fraenkel nicht vergönnt war oder dem die speziellen Probleme eines in Bayern wirkenden Wirtschaftspolitikers und in diesem Bereich wurzelnden Juden von geringerer Bedeutung erscheinen mögen, wird immer mit hohem geistigen Genuß dies Buch zur Hand nehmen.

Der erste Teil, der zwölf Abschnitte enthält und über den Zeitraum von 1891—1924 in einer kleinen Auswahl orientiert, zeigt die allgemeine wirtschaftspolitische Tätigkeit Fraenkels, der seit 1900 der Münchener Handelskammer angehörte und seit 1909 als ihr Vizepräsident in besonderem Maße das Vertrauen seiner Mitarbeiter genoß. Ausgehend von den allgemeinen Bedürfnissen des Handels, besonders an Fragen des Verkehrs, hat er sich im Laufe der Zeit zu einem der bedeutendsten Kenner dieses Gebietes entwickelt. Seine Äußerungen aus der Kriegszeit beweisen nicht allein seine Verwachsenheit mit den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft, sondern nicht minder sein eifriges Streben nach ausgleichender Gerechtigkeit im innerdeutschen sozialen Leben und nach Verständigung in der Politik der Völker.

Diese beiden Grundtendenzen, die zutiefst im jüdischen Urkern seiner Seele verankert waren, befähigten ihn in höchstem Grade, Führer des Judentums in München und Bayern, darüber hinaus in Deutschland zu sein. Sein gewaltiger Impetus half ihm nicht allein die Mauern der Herkömmlichkeit und manche Herzensträgheit zu überwinden, er riß auch andere mit und wurde zur Triebkraft, die selbst die Gegner seiner Auffassung umzumodeln vermochte. In allen seinen Reden und Aufsätzen über Fragen der innerjüdischen Politik, über die Stellung des Judentums zur Umwelt und über geistige Probleme des Judentums wirkt sich diese temperamenterfüllte und von einer warmherzigen Liebe zur eigenen Art zeugende Einstellung noch heute lebensvoll aus. Dieser Hauptteil, der 31 Abschnitte umfaßt, unterrichtet nicht nur über wichtige Etappen des Münchener und bayerischen Judentums auf seinem Wege vom alten „Verwaltungsgeist" in der Gemeinde zu dem jetzt fast völlig durchgesetzten „Klal-Gedanken", er bildet eine Geschichte des Judentums im ersten Viertel unseres Jahrhunderts und gibt jedem Juden, der in das Wesen seiner Gemeinschaft praktisch eindringen will, wertvollste Anregungen. Die Wertschätzung, die Fraenkel im jüdischen Kreise genoß, spricht am deutlichsten aus den Nachrufen, die den Schluß des Buches bilden.

München Theodor Harburger.

* Ein Spiegelbild deutsch-jüdischer Geschichte aus dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Herausgegeben von Prof. Dr. Adolf Fraenkel. Verlag B. Heller, München 1930. Preis geb. 12 RM.

Personalia

Hauptlehrer Abraham Strauß (Uffenheim) ע״ה

Am 6. Februar hat man ihn zu Grabe gebracht, diesen edlen, charaktervollen Menschen, diesen glaubensstarken und überzeugungstreuen Juden, diesen begeisterten und arbeitsfrohen Lehrer, diesen unerschrockenen und konsequenten Lehrerführer. Groß war die Zahl der Treuen, deren Tränen sein frisches Grab benetzten, aber viel größer die Zahl derer, die fern von jener Stätte der Trauer weilend, erschüttert durch die Nachricht vom unerwarteten Heimgange, sich in Schmerz und Trauer sein Bild noch einmal vor die Seele zauberten und dem Dahingeschiedenen Tränen der Liebe und des Dankes weinten.

Denn er war ein edler, treuer, guter Mensch, begeistert für alles Schöne und Gute, hilfsbereit für alle Schwachen und Hilfsbedürftigen, ein treuer Ratgeber für alle, die Rat und Hilfe bei ihm suchten, opferfreudig bis zur Selbstentäußerung. So steht sein Bild noch vor unseren Augen. So achteten und liebten wir ihn, so waren wir stolz auf seine Freundschaft.

Was war Strauß nun seiner Gemeinde Uffenheim? Nicht nur der Lehrer, der mit warmer Liebe und treuer Hingabe kostbaren Samen in die Herzen der unmündigen Kinder streute, nicht nur der begeisterte Führer, der durch Vorbild und Lehre bewußtes, überliefertes Judentum in seiner Gemeinde pflegte, er war auch der Freund und Berater jedes einzelnen Mitgliedes seiner Gemeinde, der an Freud und Leid seiner großen Familie — das war ihm seine Gemeinde — regsten Anteil nahm, der für die Armen seinen K'hillah wie ein Vater sorgte, der nichts anderes als das Wohl seiner Gemeinde kannte. Wahrlich, solange noch eine jüdische Seele in Uffenheim haucht, wird man vom Hauptlehrer Strauß sprechen und mit Stolz von ihm erzählen.

Aber seine Arbeit galt nicht nur seiner jüdischen Gemeinde. Seine ganze Tätigkeit war darauf gerichtet, das gute Einvernehmen zwischen den christlichen und jüdischen Mitbürgern zu erhalten. Sein Name hatte auch bei der nichtjüdischen Bevölkerung den denkbar besten Klang.

Es gibt wenig Provinzstädte, die ein derartig

gut eingerichtetes Heimatmuseum ihr eigen nennen, wie das Städtchen Uffenheim. Und dieses Heimatmuseum ist in erster Linie sein Werk. Wieviel Liebe und wieviel Kunst- und Sachverständnis steckte nur in der jüdischen Abteilung dieses Kunsttempels! Mit welcher Unverdrossenheit und Arbeitsfreudigkeit hat Strauß in den Dachböden der jüdischen Häuser der weiteren Umgebung seiner Wirkungsgemeinde diese alten jüdischen Schätze gesammelt!

So hat sich Strauß die Liebe und Zuneigung der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung durch Arbeit, intensive Arbeit in Beruf, Gemeinde und Kommune in reichstem Maße verdient.

Aber so reich und gesegnet auch dieser Teil seiner Lebensarbeit war, noch sichtbarer und durchgreifender war seine Tätigkeit als Lehrerführer. Man müßte eine Geschichte der Lehrerbewegung der letzten fünfzig Jahre schreiben, wenn man die liebevolle und begeisterte, aber auch die tapfere und unerschrockene Tätigkeit des Heimgegangenen voll und ganz würdigen wollte. Der Versuch hierzu wird an anderer Stelle gemacht werden. Hier sei nur erwähnt, daß die dankbare Lehrerschaft ihren treuen Kämpfer im Jahre 1903 in die Verwaltung des Lehrervereins berief, wo er neben Dingfelder, seinem unvergeßlichen Freunde, und anderen Treuen, die fast alle schon der kühle Rasen deckt, unablässig für die Befreiung des Lehrerstandes tätig war.

Nun ist er, 73jährig, von uns gegangen. Wir werden seiner nie vergessen. Die Lücke, die sein Scheiden gerissen hat, wird schwer zu füllen sein. Aber unsere Aufgabe, die Aufgabe seiner Freunde, wird es sein, in seinem Sinne weiterzuwirken.

Das Grab ist geschlossen. Es beginne die Arbeit!

Adler.

Gemeinden- und Vereins-Echo

München. (Sitzung der gemeindlichen Körperschaften.) Am 5. Februar fand eine gemeinsame Sitzung des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung statt, auf deren Tagesordnung Etatberatung, Gehaltskürzungen und Festsetzung von Schächtgebühren stand. Die beiden letzten Punkte wurden vorweggenommen. Bezüglich der Schächtgebühren wurde beschlossen, einen Antrag der Metzgermeister, die Gebühren für Geflügelschächtungen außerhalb der Schächtbank zu ermäßigen, abzulehnen. Über den Punkt Gehaltskürzungen referierte Herr Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer. Gemäß Entschließung des Bayerischen Kultusministeriums zur Notverordnung des Reichspräsidenten bezieht sich die 6prozentige Gehaltskürzung für Beamte und Angestellte bzw. die Erhebung einer Ausgleichsabgabe in gleicher Höhe auch auf die Beamten- und Angestellten der Religionsgemeinschaften. Eine Reihe von Beamten, hauptsächlich Lehrer und Kantoren, habe unter Hinweis auf ihre wohlerworbenen Rechte Rechtsverwahrung eingelegt, ein anderer Teil der Beamten und sämtliche Angestellten habe dies unterlassen. Es sei nicht wahrscheinlich, daß die Rechtsverwahrung der einzelnen Beamten einen Erfolg haben werde. Sollte das jedoch der Fall sein, so wird im Interesse der Gerechtigkeit die gehaltliche Behandlung aller Beamten und Angestellten eine einheitliche sein. — Das Hauptinteresse der Sitzung war auf die Beratung des Haushaltsplanes für 1931 gerichtet. Der Finanzreferent der Gemeinde, Herr Justizrat Dr. Elias Straus, besprach an Hand der Beschlüsse des Finanzauschusses eingehend die einzelnen Posten des Etats, dessen Schlußziffern mit 572 910 RM. um 73 400 RM. niedriger als der Voranschlag für 1930 und um 78 700 RM. niedriger als die effektiven Ausgaben des vergangenen Jahres sind. Die Einnahmen aus Umlagen, die für 1930 auf 519 320 RM. veranschlagt waren, betrugen nur 476 212.51 RM. und zeigen einen prozentualen Steuerückgang von über 20 Prozent gegenüber 1929. Da für 1931 infolge der katastrophalen Wirtschaftslage, durch die weite Kreise der Gemeinde aufs Schwerste betroffen sind, mit einem neuerlichen erheblichen Rückgang der Steuereingänge gerechnet werden muß, war es erforderlich, den Etat, soweit nur irgend angängig, zu „drosseln". Nachdem bereits in der ersten Sitzung des Finanzausschusses eine Herabsetzung aller Ausgabenposten, die eine Reduktion zuließen, beschlossen worden war, wurde durch 5 „Sparkommissionen", die vom Vorstand aus der Mitte des Finanzausschusses unter Zuziehung von weiteren Mitgliedern der gemeindlichen Körperschaften gebildet wurden, der gesamte Etat und seine einzelnen Abteilungen nochmals einer Prüfung an Hand der Bücher und Belege unterzogen. Der Finanzausschuß hat dann nochmals in zweiter Lesung an Hand der Berichte der Sparkommissionen den Etat durchberaten. Es konnten allerdings nennenswerte Einsparungen gegenüber den zuerst gefaßten Beschlüssen nicht mehr vorgenommen werden. Wie der Referent betonte, liegen die wesentlichen Ausgaben der Gemeinde ziffernmäßig fest, so daß hieran nichts gekürzt werden kann. Die nicht festliegenden Ausgaben sind vor allem die des Wohlfahrtsetats. Diese können aber gerade in den jetzigen schweren Zeiten nicht allzusehr eingeschränkt werden. Die Ausbalanzierung des Etats sei nach den Beschlüssen des Finanzausschusses dadurch vorgenommen, daß die freien Mittel des außerordentlichen Etats, die eine gewisse Reserve für die Gemeinde bedeutet hätten, in den ordentlichen Etat herübergenommen worden seien, aber im übrigen eine mäßige Erhöhung des Umlagensatzes beantragt werde. — An den allgemeinen Überblick des Finanzreferenten schloß sich eine Generaldebatte an, in der die Vertreter der Fraktionen, K.-R. Dr. Wassermann (Lib.), Dr. Siegel (Zion.), Rosenthaler (Orth.), den Standpunkt ihrer Parteien kurz darlegten und in den wesentlichsten Punkten ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten erklärten. — Man trat sodann in die Beratung der einzelnen Einnahmen- und Ausgabenposten ein.

Aus den vorgesehenen Ausgabenposten seien hier nur folgende genannt: Synagoge 14 500 RM., Friedhöfe 6500 RM., Bibliothek 2000 RM., Besoldungen und Pensionen 269 860 RM., Anstaltsfürsorge 44 750 RM., offene Fürsorge 96 800 RM., kulturelle und allgemeine jüdische Zwecke 13 500 RM. (hiervon 2500 RM. für den Central-Verein und 1000 RM. für den Keren Hajessod), hebräische Sprachkurse 1800 RM., Ostjüdischer Synagogenverband 10 300 RM., Talmud Thora 7800 RM., Ohel Jakob 13 000 RM. (gegen 14 500 RM., die der Verein Ohel Jakob beantragt hatte). Um den nach dem Voranschlag durch Steuern zu deckenden Betrag von 466 932.92 RM. aufzubringen, erschien eine Erhöhung des Umlagensatzes — derzeit 7 Prozent neben 3 Prozent Verbandsumlagen — unvermeidlich, so schwer sich auch die Gemeinde dazu entschließt, damit ihren Mitgliedern erhöhte Lasten aufzuerlegen. Über das Maß der Umlagenerhöhung kann man natürlich verschiedener Meinung sein.

Der Finanzausschuß hatte eine Erhöhung um

2 Prozent (auf 9 Prozent) in Aussicht genommen, während der Beschluß des Vorstandes dahin ging, vorläufig nur eine Erhöhung von 1 Prozent vorzunehmen mit der Maßgabe, daß im Mai und September 1931 eine Nachprüfung dieses Satzes an Hand der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben und je nach dem Ergebnis eine Änderung des Steuersatzes für die folgenden Quartale vorgenommen werden sollte. Die Gemeindevertretung trat dem Beschluß des Vorstandes bei. Zum Schluß der Debatte, die sich auf wenige Einzelpunkte beschränkt hatte, sprach Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer den Dank der Gemeindeleitung dafür aus, daß es durch gemeinschaftliche Zusammenarbeit und, wo es notwendig war, auch durch Resignation gelungen ist, ohne größere Reibungen zu einer Einigung zu kommen.

Das jüdische Sprichwort

Im Rahmen der gemeindlichen Lehrkurse hielt Herr Dr. Percikowitsch drei Vorträge über das jüdische Sprichwort. An Hand der Betrachtung der Sprichwörter unternahm er einen Gang durch die gesamte jüdische Literaturgeschichte von der biblischen bis zur heutigen Zeit. Im ersten Vortrag untersuchte er einleitend die Entstehungsweise von Sprichwörtern, ihre Verbreitung bei verschiedenen Völkern und die spezifisch jüdischen Eigenschaften, die in diesen Volksschöpfungen ihren Ausdruck gefunden haben. Treffsicherheit, Witz, Humor und, was den Inhalt betrifft, eine auf hoher Stufe stehende Moral sind die Haupteigenschaften des Maschal, des jüdischen Sprichwortes. Zur Behandlung der einzelnen Literaturepochen, in denen Sprichwörter entstanden sind, übergehend, gab der Redner zunächst eine Übersicht über die nichtjüdischen, orientalischen Schriftwerke, die in Beziehung zur biblischen Chochmaliteratur stehen. Mit diesem Namen Chochma bezeichnet man nämlich die biblischen Bücher, deren Inhalt volkstümliche Philosophie und praktische Lebensweisheit bilden und die die Hauptquelle für die Meschalim dieser Periode darstellen. Der biblischen Chochmaliteratur war der zweite Abend des Zyklus gewidmet, während am dritten, besonders inhaltsreichen Abend der Talmud, die mittelalterliche hebräische Literatur, vor allem die der sogenannten Makamen, und die Werke der Neuzeit in hebräischer und jiddischer Sprache an die Reihe kamen. Jedesmal sprach der Redner zuerst über die Entstehung und den gesamten Inhalt der betreffenden Bücher — für die biblische Epoche vor allem Mischle, Hiob, Koheleth, Ben Sira, Chochmat Schlomo — und charakterisierte sie dann durch Heranziehung besonders bezeichnender Sprichwörter aus ihnen. Diese Methode, nicht nur die einzelnen Sprichwörter der verschiedenen Zeiten für sich zu behandeln, sondern immer großen Wert auf die Darstellung des sie enthaltenden literarhistorischen Rahmens zu legen, machte die Vorträge besonders wertvoll und lehrreich. Für die Hörer mit einigen hebräischen Kenntnissen waren die sich an jeden Vortrag anschließenden Arbeitsgemeinschaften eine willkommene, veranschaulichende Ergänzung. Hier wurde eine Masse von Sprichwörtern vorgeführt, die sich auf bestimmte Lebensgebiete wie Ehe, Familie, Recht usw. bezogen.

Im ganzen haben diese Abende wieder bewiesen, daß die Veranstaltung der Lehrkurse ein großes Verdienst der Münchener Gemeinde ist. Ein noch weit zahlreicherer Besuch wäre zu wünschen. n.

Vorlesung Manfred Sturmann

In der Jesaja-Loge las Manfred Sturmann am Dienstag, den 3. Februar, eine Reihe von lyrischen Gedichten (den Zyklus: „Das Jahr“ und die „Rentnerinnen“, die durch Kraft der Sprache, Wucht des Rhythmus besonders tiefen Eindruck machten), ferner eine Kindergeschichte: „Die Frühe“ und eine noch unveröffentlichte Novelle „Ein Knecht sitzt auf dem Baum“. Die Vorzüge der Sturmannschen Lyrik eignen auch seiner Prosa, die, wenn sie auch bisher weder so originell noch so kraftvoll und ausgereift ist wie jene, doch an Eigenart zusehends gewinnt und besonders in der Erzählung von dem Knecht, der auf den Baum gestiegen ist, um dort das Fest im Herrenhaus zu erspähen und von dort aus Rache an denen nimmt, die ihm durch die Inanspruchnahme ihrer Dienste seine Geliebte vorenthalten und sie beleidigen, in einer Erzählung also von sozialem Kontrast, von individueller Auflehnung gegen vorgezeichnetes Klassenschicksal, dramatische Spannung gewinnt und demgemäß auch großen Eindruck macht. Die Kindergeschichte, zarter, mit starkem lyrischem Einschlag, erzählt Geschehnisse aus dem Leben eines Knaben vom Wachwerden seines Bewußtseins bis zu seinem ersten Konflikt mit dem Vater; sie versucht das Geschehen aus den Empfindungen zu kristallisieren und es daran erkennbar zu machen — ein reizvoller Versuch zweifellos, der aber gewisse stilistische Schwierigkeiten mit sich bringt, die doch wohl nicht ganz gemeistert sind. Jedenfalls darf man nach den an diesem Abend gegebenen Proben sowohl dem neuen Gedichtband Sturmann, wie den Kindergeschichten mit besonderen Erwartungen entgegensehen, es ist Grund genug, in diesem Zusammenhang die Hoffnung auszusprechen, daß Sturmann sich auch wieder einmal mit jüdischen Gestalten und Geschehnissen beschäftigen wird.

Nach der Vorlesung konzertierten Frau Masser und Herr Kurt Bettsack mit großem Beifall. I. E.

Zionistische Ortsgruppe München

Der angekündigte Vortragsabend mit Herrn Dr. Gustav Krojanker (Berlin) kann leider nicht stattfinden, da Herr Dr. Krojanker verhindert ist, seine geplante Süddeutschlandreise anzutreten.

Hebräischer Klub, München

Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 8.30 Uhr, findet anläßlich des 100. Geburtstages von Jehuda Leib Gordon ein Vortrag des Herrn Dr. A. Percikowitsch über das Thema:

„Jehuda Leib Gordon und seine Bedeutung“

im Klublokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt.

Gäste herzlich willkommen!

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania“

Mittwoch, 20 Uhr Sport, Donnerstag, 20.30 Uhr Burschenkurs, Samstag, 14 Uhr Kaffee Hag. Fuxenkurs und Hebräisch zu den festgesetzten Zeiten.

Jüdisches Jugendheim. Herr Dr. Franz Roh, der bekannte Kunsthistoriker und Photograph, spricht am Montag, 16. Februar, abend 8.15 Uhr, im Lessingsaal, Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, über die moderne Photographie an Hand von Lichtbildern und unter besonderer Berücksichtigung der Laienphotographie. Eintritt für alle Interessenten frei.

Scholem Asch-Feier

Anläßlich des 50. Geburtstages von Scholem Asch, des großen jüdischen Dichters, gefeiert von der ganzen Weltliteratur, wird auf Initiative des Jüd. Kulturvereins J. L. Perez zusammen mit dem Jüd. Gesangverein, dem Gesamtausschuß der Ostjuden und der Zionistischen Ortsgruppe ein Festabend im Cherubinsaal (Vier Jahreszeiten) veranstaltet.

Um die Feier, welche am 1. März abends 8.15 Uhr stattfindet, möglichst eindrucksvoll zu gestalten und zu einem Fest der Allgemeinheit zu machen, wie es des großen Künstlers würdig ist, und es in allen Kulturzentren der Fall war, ersuchen wir alle jüdischen Vereine und das verehrte Publikum, sich Sonntag, den 1. März, bestimmt reservieren zu wollen.

Bar-Kochba, München. Auf der letzten Generalversammlung wurde folgende Vorstandschaft gewählt: 1. Vors.: Joseph Orljansky, Gudrunstr. 3, 2. Vors.: Dr.-Ing. Leo Berger, Voitstr. 9, 1. Schriftführer: Oskar Gröbel, Rothmundstr. 8, 2. Schriftführer: Centa Silber, Kassier: D. Masur, Schillerstr. 20, Sportarzt: Dr. Berth. Weiß, Karlsplatz 4, Beisitzende: Frl. Hohenberger, Adolf Misch, Siegfried Gerson, Ignatz Gidalewitsch.

Die Abteilungsleiter sind: Damenabteilung: Frl. Gutter, Ickstattstr. 11, Mädchenabteilung: Frl. Strumpf, Hans-Sachs-Str. 11, Sportabteilung: Leo Fleischer, St.-Paul-Str. 9, Jugendabteilung I: Gg. Gidalewitsch, Angertorstr. 4, Fußballjugend: Max Kalter, Kanalstr. 8, Keren-Hamigraschim: Jacob Kutten, Rumfordstr. 42.

Ferner wurden in die Vorstandschaft gewählt als Vertreter: des K.J.V. Hans Marx, der Z.O.G. Dipl.-Ing. Mayerstein, der „Kadimah" Walter Koschland.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Jeden Mittwoch, abends von 8—10 Uhr, Training der Sportabteilung in der Halle des Sportvereins Sendling, Plinganserstraße, Haltestelle der Linie 6, beim Sendlinger Weinbauer. Alle Aktiven haben zu erscheinen. — Die Tischtennisriege spielt jeden Abend mit Ausnahme von Freitag im Studienzimmer des Jüdischen Jugendheims, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Die Leitung.

Sabbatfreier Mädchenunterricht

Mädchen, welche ein Lyzeum oder eine höhere Mädchenschule besuchen wollen und auf freien Sabbat Wert legen, ist im Institute Roscher, Karlstraße 45, Gelegenheit geboten, dem Unterrichte an Samstagen und jüdischen Feiertagen fernzubleiben. Das Institut Roscher wird in allen Klassen, in welchen jüdische Mädchen an diesen Tagen vom Unterrichte befreit zu sein wünschen, den Stundenplan so gestalten, daß an Samstagen nur technische Fächer (Handarbeiten, Turnen, Singen) und Religion unterrichtet werden. Den jüdischen Schülerinnen ist Gelegenheit geboten, an diesem Unterricht an Werktagen in anderen Klassen teilzunehmen.

Das Institut zählt, wie bekannt, zu den bewährtesten und ältesten Privat-Mädchenschulen Münchens.

F. F.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Am 5. Februar sprach hier in unserer Ortsgruppe Herr Elieser Liebenstein/Ajn Charod über: „Die Aufgaben der jüdischen Arbeiterschaft in gegenwärtiger Stunde."

Der Redner verglich unsere gegenwärtige zionistische Situation mit der Lage des Zionismus zur Zeit des Ugandaprojektes. Damals wie heute habe man aus einer gewissen Schwäche heraus politische Erörterungen an Stelle tatsächlicher Aufbauarbeit gesetzt. Die Verschiebung des Kongresses sei daher als Zeichen bewußter Umkehr von diesem Irrwege durchaus zu begrüßen.

Insbesondere in Amerika gelte es für die zionistische Heranbildung der breiten jüdischen Massen alle verfügbaren Kräfte unverzüglich einzusetzen. Hierzu hätte die Histadruth bei der jüdischen Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten bereits erhebliche Vorarbeiten geleistet. Die schon von Herzl gemachte Erfahrung, daß von jüdischen Millionären Palästina nicht aufgebaut werde, sei durch das Experiment der Jewish Agency erneut bestätigt worden.

Die arabische Frage könne nicht von heute auf morgen gelöst werden. Sowohl die Versuche des Brith Schalom, als auch die der Revisionisten seien vor vorne herein zum Scheitern verurteilt. Der richtige Weg sei allein der von der Arbeiterschaft eingeschlagene: die Bemühung nämlich, das wirtschaftliche und kulturelle Niveau der Fellachen zu heben, um dadurch in den Arabern das Bewußtsein von der tatsächlich bestehenden Gemeinsamkeit der Interessen zu wecken. Auch seien bereits gewisse Erfolge zu verzeichnen. Der Redner wies darauf hin, daß heute verschiedenen jüdischen Arbeiterorganisationen vollberechtigte arabische Mitglieder angeschlossen seien.

Das Anwachsen des Revisionismus stelle eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die kontinuierliche Entwicklung des Landes dar. Es sei nicht zu verkennen, daß ihrer soziologischen Strucktur nach die Anhänger der Revisionisten in Palästina ähnlich wie die Nationalsozialisten in Deutschland hauptsächlich aus arbeitslosen und verbitterten Menschen sich zusammensetzten, denen in ihrem Großteil die wirkliche Verwurzelung mit dem Lande fehle. Auch ihre Argumentation hätten die Revisionisten bedauerlicherweise zu einem großen Teil der der Nationalsozialisten angepaßt. Dies gelte vor allen Dingen von der bisher im Zionismus noch nicht üblich gewesenen Verdächtigung der Charaktere der Führer, von denen man Weizmann sogar als „Verräter" bezeichnet habe.

Es sei nicht angängig, die auch in Palästina bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die

allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen. Ebenso sei die gehässige Art, wie der Kampf gegen die angeblich zu hohen Beamtengehälter geführt werde, durchaus zu verurteilen.

An der Diskussion beteiligten sich die Herren Dr. Liebstaedter, Salzer, Nathan Nußbaum, Dr. Strauß-Reich, Schalom Schapira und Hermann Landau.

Die Veranstaltung war, besonders von der Jugend, gut besucht. Das Referat hinterließ nachhaltigen Eindruck.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 17
vom 28. Januar bis 10. Februar 1931

Goldenes Buch ZOG, München: In Ausführung der Resolution des Jung-Zionistischen Arbeitskreises vom 24. November 1930 zeichnen: Dr. Alfred Kern 5.—, Hannah Epstein 4.—, Ruth Löschner 10.— = 19.—.

Erlös aus der Chamischah assar bischwath-Feier 40.—.

Allgemeine Spenden: H. B. 1.20.

Einzelne Büchsen: Bernhard Lustig 5.—, Dipl.-Ing. Hans Macholl 1.85 = 6.85.

Imi-Taschen: Liselotte Ruth Kahn 5.—, Jetty Blau 4.40 = 9.40.

Material: Gittler 1 N.-F.-Telegramm 1.—.

Zusammen: 77.45 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 2803.76 RM.

Statt jeder besonderen Anzeige

Unser innigstgeliebter, teuerster und treubesorgter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

**Herr
Jehuda Selig Mysliborski (Misch)**

ist kurz nach Vollendung seines 74. Lebensjahres nach einem schweren Leiden am 10. Februar abends 10 Uhr 30 Minuten sanft entschlafen.

Die Beerdigung fand am Donnerstag statt.

München, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Berlin, Hildegardstr. 5/0

Im Namen aller tieftrauernd Hinterbliebenen:
A. Mysliborski gen. Misch

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.